



Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler  
Herr Voßhans  
Frau Grewe  
Herr Flachmann

Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten  
Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
(Schriftführer)

Gäste

Frau Hauck  
Frau Neumann  
Frau Heller

Hedwig-Dornbusch-Schule e.V.  
Psychologische Frauenberatung e.V.  
Kita Nordpark

## **Öffentliche Sitzung:**

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Vorsitzende Frau Weißenfeld auf einen am 02.09.2010 vom Rat beschlossenen Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen-Ratsfraktion hin, der vom Rat am 02.09.2010 beschlossen wurde. Inhalt dieses Antrages ist folgende Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss:

ordentliches Mitglied neu: Frau Hellweg (statt bisher Herr Bolte)

stellv. Mitglied neu: Frau Rathsmann-Kronshage (statt bisher Frau Hellweg)

### **Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.06.2010**

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.06.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

### **Zu Punkt 2 Mitteilungen**

#### **Zu Punkt 2.1 Errichtung einer Tagesgruppe gem. § 32 SGB VIII durch den Träger "FamilienWelten" GbR**

Zu der schriftlich vorliegenden Mitteilung aufgrund der Anfrage der AG nach § 78 „Hilfen zur Erziehung“ zu Familienwelten GbR betont Vorsitzende Frau Weißenfeld, dass es ihr wichtig sei, dass keine exklusiven, sondern integrative, inklusive Angebote gemacht werden.

Frau Stillger kann die Aussage in der schriftlichen Mitteilung, dass es eine sehr gute Versorgungsquote mit Tagesgruppenplätzen gebe, nicht nachvollziehen, da nach ihrer Kenntnis durchaus noch Bedarf bestehe. Herr Epp bestätigt, dass noch ein geringer Bedarf bestehe, jedoch durch den Ausbau der OGS relativ kurzfristig zu überlegen sei, inwieweit die Hilfen künftig zumindest teilweise an die OGS verlagert werden müssen.

Frau Rathsmann-Kronshage spricht sich dafür aus, von der aktuellen Bedarfslage auszugehen und sich an der Frage zu orientieren, inwieweit spezialisierte Einrichtungen für Kinder erforderlich sind.

---

**Zu Punkt 2.2**      **Bericht aus der Ampel-Koalition zum Thema Leistungsverträge**

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet aus der Ampel-Koalition, dass das Thema Leistungsverträge in Kürze abgeschlossen sei und zur nächsten Sitzung ein entsprechender Antrag vorgelegt werde.

-.-.-

**Zu Punkt 2.3**      **Umsetzung von U 3 Betreuungsangeboten/Regionalisierungserlass**

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die als Tischvorlage ausgehängte Mitteilung zur Umsetzung von U 3 Betreuungsangeboten vor dem Hintergrund des sog. Regionalisierungserlasses des Landes.

-.-.-

**Zu Punkt 2.4**      **Fachveranstaltung "Wirkungsorientierte Hilfen zur Erziehung"**

Herr Epp ergänzt zu der als Tischvorlage ausgehängten Einladung, dass Bielefeld im Rahmen des Bundesmodellprogramms nicht als zu untersuchende Gemeinde gewählt wurde, sondern als Vergleichsgemeinde. Die nun vorliegenden Ergebnisse sollen im Rahmen einer Fachveranstaltung vorgestellt werden.

Frau Stillger bittet den Mitgliedern des Fachbeirates für Mädchenarbeit die Einladung zu der Fachveranstaltung sowie einen schriftlichen Bericht über die Ergebnisse zukommen zu lassen.

-.-.-

**Zu Punkt 2.5**      **Bundesprogramm "Mehr Männer in Kitas"**

Herr Epp teilt mit, dass vor dem Hintergrund des Ausbaus U 3 und dem damit verbundenen erhöhten Personalbedarf nicht mehr ausreichend ausgebildete Erzieherinnen zur Verfügung stehen. Durch das neue Bundesprogramm, gefördert durch ESF-Mittel in Höhe von 12,5 Mio. € bundesweit, soll versucht werden, diesen Beruf auch für junge Männer attraktiv zu machen.

Pro Bundesland soll 1 Modellversuch für den Zeitraum 2011 – 2013 gestartet werden. Um zu vermeiden, dass mehrere Bewerbungen aus Bielefeld eingereicht werden, ist beabsichtigt, mit den Trägern der Tagesbetreuung einen gemeinsamen Antrag zu stellen. Damit wäre durch die Beteiligung verschiedenster Träger eines der wesentlichen Kriterien, das der Nachhaltigkeit, erfüllt.

-.-.-

**Zu Punkt 3**

**Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

**Zu Punkt 4**

**Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5**

**"Wir fördern Integration!" - Integrationskonzept für Bielefeld**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 0832/2009-2014

Herr Voßhans gibt eine Einführung zu dem Integrationskonzept und berichtet aus den Beratungen in den anderen Gremien.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bedankt sich für die Ausführungen. Nun stelle sich die Frage, wie mit der Umsetzung der formulierten Ziele und Maßnahmen umzugehen sei.

Frau Stillger berichtet aus der Beratung im Fachbeirat für Mädchenarbeit. Dieser begrüße das Konzept grundsätzlich, insbesondere, dass es endlich für Bielefeld eine Vision über das Zusammenleben in Vielfalt gebe. In der Präambel wäre anstelle des Begriffs „gesetzeskonform“ ein Positivbekenntnis zu den Menschen- und Kinderrechten auf Basis des Grundgesetzes wünschenswert.

Zu der Fülle der in dem Konzept enthaltenen Maßnahmen stelle sich die Frage, wie sich diesbezüglich eine Verbindlichkeit sicherstellen ließe. Wünschenswert wäre eine klarere, verbindlichere Struktur als in Tabellenform, hinterlegt mit eindeutigeren Kennziffern. Ebenso sei die Zielkontrolle nicht eindeutig genug beschrieben. Wichtig sei zudem die Sicherstellung der Berichterstattung zu der Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen. Außerdem wurde vorgeschlagen, diese Thematik bei den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen als eine Querschnittsaufgabe zu berücksichtigen.

Frau Rathsmann-Kronshage hält es für erforderlich, sich mit den 450 aufgeführten Vorschlägen im Nachhinein noch einzeln zu befassen und einzelne Maßnahmen zu priorisieren. Insofern befürwortet sie, die Vorlage als eine „Grundlage“ zu beschließen.

Frau Brinkmann signalisiert für ihre Fraktion Abstimmungsbereitschaft.

Vorsitzender Frau Weißenfeld ist es wichtig, dass eine Verbindlichkeit und eine entsprechende Berichterstattung sicher gestellt ist. Vor dem Hintergrund schließt sie sich dem Vorschlag von Frau Rathsmann-Kronshage an, das Konzept als Grundlage zu beschließen.

Herr Wandersleb wirft die Frage auf, wie die Botschaft dieses Konzeptes „Vielfalt ist eine Selbstverständlichkeit“ in die Öffentlichkeit getragen werden soll.

Herr Voßhans beantwortet die Frage dahingehend, dass das Konzept in gebündelter Form im Rahmen der üblichen Öffentlichkeitsarbeit veröffentlicht und zusätzlich sämtlichen Vereinen, Verbänden, Institutionen und Behörden zugeleitet werden soll.

Auch Herr Adams hält es für erforderlich, dass dieses Konzept aus den politischen Gremien heraus in die Öffentlichkeit getragen und diskutiert wird.

Es reiche jedoch nicht aus, einzelne Maßnahmen und Ziele in die Verhandlungen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen einzubringen, vielmehr müsse wesentlich konkreter formuliert werden, welche einzelnen Maßnahmen und Ziele in bestimmte Leistungsverträge aufgenommen werden sollen und mit welchen finanziellen Mitteln sie zu hinterlegen sind.

Herr Adams äußert den Wunsch nach einer schnelleren Beratung und Konkretisierung, wie es mit den Leistungsverträgen weiter gehen soll.

Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt abschließend heraus, dass der JHA vor Umsetzung einzelner Maßnahmen, die in diesem Ausschuss von Bedeutung sind, beteiligt werden möchte.

Der JHA fasst folgenden

### **Beschluss:**

1. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat für die Stadt Bielefeld, die sich als weltoffene, tolerante und als Stadt der Vielfalt mit all ihren Facetten bekennt, eine herausragende Bedeutung. Integration gehört zu den strategischen Zielen Bielefelds.

Das Bielefelder Konzept 'Wir fördern Integration! – Integrationskonzept für Bielefeld' wird als Grundlage der künftigen kommunalen Integrationspolitik, -förderung und -arbeit verabschiedet.

Mit dem Konzept stellt sich die Stadt Bielefeld der Frage, wie Integration als langwieriger Aushandlungsprozess so gestaltet werden kann, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt perspektivisch am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben gleichberechtigt teilhaben können. Es beschreibt die grundlegenden Rahmenbedingungen für einen respektvollen und gleichberechtigten Umgang zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund auf der Basis des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerf NRW).

Das Konzept ist für die Stadt Bielefeld

- „Querschnittskonzept“ und Orientierungs- und Handlungsrahmen für Integrationsförderung und -arbeit als eine (gesamt-)gesellschaftliche und politische Aufgabe, bei der Menschen mit Migrationshintergrund, Aufnahmegesellschaft und Politik ihre unterschiedlichen Beiträge zu leisten haben.
- verbindlicher Rahmen für kommunalpolitische Handlungsansätze, die in einem fortlaufenden Prozess von Zielformulierung, Maß-

nahmeplanung und Controlling erarbeitet und weiterentwickelt werden.

- Grundlage für die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Dialogs mit Akteurinnen bzw. Akteuren außerhalb der Verwaltung und für Strukturen für deren Beteiligung.
  - Handlungsinstrument zur Begleitung, Unterstützung und Umsetzung im Konzept verankerter Maßnahmen zur Integrationsförderung und –arbeit in kooperativer Vernetzung aller Beteiligten und für die künftigen Ziele und Grundsätze der Steuerung.
2. Die Stadt Bielefeld begrüßt und verabschiedet das Leitbild `Bielefeld – Zusammenleben in Vielfalt´ für die Bielefelder Integrationspolitik, -förderung und –arbeit als Orientierungsrahmen für die Ziele und das Handeln sowie für ein grundlegendes Verständnis von Integration (Anlage 1).
  3. Im Rahmen des Leitbilds (s. Ziff. 2) bekennt sich die Stadt Bielefeld zu integrationspolitischen Zielen und Aufgaben (vgl. Anlage 2 zum Beschlussvorschlag).
  4. Die Stadt Bielefeld befürwortet die Beachtung und Umsetzung der Handlungsfeld bezogenen Zielsetzungen und Maßnahmevorschläge des Integrationskonzepts. Vorrangig sind zunächst die Ziele und Maßnahmevorschläge gem. Anlage 3 zum Beschlussvorschlag zu berücksichtigen und umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 6**

### **Bericht über das Projekt "Kinder im Mittelpunkt"**

Frau Hauck, Frau Neumann sowie Frau Heller stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation das Bielefelder Kooperationsprojekt „Kinder im Mittelpunkt“ vor.

Vorsitzende Frau Weißenfeld zeigt sich beeindruckt über die hohe Quote der Inanspruchnahme der Hausbesuche.

Die Fragen von Herrn Kläs und Frau Stillger zu einer Absprache mit der Familienbegleitung durch die Hebammen sowie zu der Ermäßigung der Vermittlungsgebühr werden von Frau Hauck beantwortet.

Die Fragen von Herrn Adams zur Beurteilung des Ergebnisses durch die Verwaltung und zu den Kosten für eine Weiterführung des Projekts werden von Herrn Epp dahingehend beantwortet, dass die Verwaltung das Ergebnis positiv beurteilt, jedoch vor dem Hintergrund des befristeten Modellprojektcharakters und dem bestehenden HSK eine Anschlussfinanzierung nur durch Dritte erfolgen könne.

Herr Onckels hätte sich eine Einschätzung anhand von Annahmen ge-

wünscht, in wie vielen Fällen aufgrund der präventiven Maßnahmen weitergehende Hilfen vermieden werden konnten.

Herr Stute schließt sich den Ausführungen von Herrn Onckels grundsätzlich an. Auch er sieht ein erhebliches präventives Potential, um spätere Erziehungshilfen zu vermeiden und bedauert, dass eine Anschlussfinanzierung nur durch Dritte möglich ist.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bedankt sich für den Bericht und wünscht den Beteiligten für das zumindest in Teilbereichen weitergeführte Projekt viel Erfolg.

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Auswertung des Modellprojektes "Integration flexibler Erziehungshilfen in die Offene Ganztagschule im Primarbereich"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0947/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist aufgrund des bereits in letzter Sitzung beschlossenen Punktes 1 darauf hin, dass in dieser Sitzung über die Punkte 2 – 4 zu beschließen ist.

Sie kündigt für ihre Fraktion Zustimmung an. Zuvor bittet sie jedoch um Wortmeldungen, insbesondere zum Bedarf an Tagesgruppen.

Frau Stillger bewertet dieses Projekt als sehr positiv und begrüßt die Ausweitung dieses Projektes.

Sie sieht jedoch vor dem Hintergrund der voll belegten Tagesgruppen und der Wartelisten sowie aufgrund des bisher nicht vorhandenen Angebotes für eine Mädchentagesgruppe noch ausreichenden Bedarf für Tagesgruppen.

Ihrer Ansicht nach könne ein Angebot mit dem Personalschlüssel 1:15 nicht mit der Qualität eines Angebots mit dem Personalschlüssel 1:3 verglichen werden, sofern es an die gleiche Alterszielgruppe gerichtet ist.

Frau Rathsmann-Kronshage plädiert dafür, die Tagesgruppen nicht vollständig abzuschaffen, sondern zu überlegen, in welchen Bereichen noch eine andere Form der Integration möglich ist. Im Offenen Ganztag gebe es zur Zeit Kinder, die dort nicht aufgefangen werden können. Somit stelle sich die Frage, ob diese Kinder außerhalb der Schule in einer Tagesgruppe untergebracht werden sollten, oder ob sie innerhalb der OGS intensiver betreut werden können. Sollte dieses Konzept erfolgreich verwirklicht werden können, sei zu überlegen, ob die Anzahl der Tagesgruppenplätze in diesem Umfang erhalten werden müsse.

Frau Wehn berichtet aus Schule und OGS über Kinder, die mit einem Personalschlüssel 1:15 ausreichend versorgt seien, während andere einen wesentlich intensiveren Bedarf aufweisen. Im Bereich der gebundenen OGS gebe es bereits positive Erfahrungen mit einer Kooperation von 1 Lehrkraft und 1 Erzieher/-in. Insofern sollte diese Thematik nicht konträr, sondern im Zusammenhang diskutiert werden.

Vorsitzende Frau Weißenfeld macht deutlich, dass heute nicht über die Anzahl der Tagesgruppen entschieden werden soll, sondern dass dieses



Projekt als Präventivmaßnahme an 2 weiteren Schulen eingerichtet wird.

Frau Rathsmann-Kronshage schließt einen späteren Umbau des Systems nicht aus, über den zu einem späteren Zeitpunkt noch zu diskutieren sei. Heute gehe es ausschließlich darum, das Projekt auszuweiten. Möglicherweise führen die Ergebnisse dieses Prozesses dazu, dass künftig eine gewisse Anzahl an Tagesgruppenplätzen nicht mehr benötigt wird. Wichtig ist ihr die Offenheit des Ergebnisses.

Für Herrn Potschies ist es ebenfalls wichtig, dass es sich um einen ergebnisoffenen Prozess handelt. Die Entscheidung darüber, wie die Ergebnisse verwertet werden, werde zu einem anderen Zeitpunkt getroffen.

Herr Wandersleb weist auf die Notwendigkeit hin, beim Land eine bessere Finanzierung der OGS geltend zu machen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt vor, den Punkt 3 des Beschlussvorschlages wie folgt zu formulieren:

„Die Erprobung erfolgt kostenneutral im Rahmen des erweiterten Modells innerhalb der Produktgruppe „Förderung von Familien“ (11.06.02).“

Daraufhin fasst der JHA zu den Punkten 2 - 4 den

**geänderten Beschluss:**

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit interessierten Trägern an zwei oder drei Standorten Offener Ganztagschulen weitere Modelle einer frühzeitigen und präventiven Unterstützung von Kindern und ihren Familien zu entwickeln und zu erproben.
3. Die Erprobung erfolgt kostenneutral im Rahmen des erweiterten Modells innerhalb der Produktgruppe „Förderung von Familien“ (11.06.02).
4. Die Konzepte sollen mit einer erneuten Laufzeit von zwei Jahren erprobt und insbesondere hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die Kinder und ihre Eltern ausgewertet werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Doppel-Haushaltsplan 2010/2011 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1299/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass es sich um eine 1. Lesung handelt und die inhaltliche Debatte im Unterausschuss zu führen ist. Anschließend gibt Herr Wendt eine kurze Einführung zur Haushaltssystematik und zum weiteren Vorgehen.

Zu der HSK-Maßnahme 254 „Lineare Reduzierung der Entgeltsätze“ er-

innert Herr Adams an die Aussage der Ampel-Koalition, dass es in diesem Bereich keine Kürzungen geben soll. Er habe jedoch Rückmeldungen erhalten, dass die Verwaltung über diese Absichten informiere oder möglicherweise bereits Verhandlungen führe.

Herr Wendt entgegnet, dass die Verwaltung in der AG nach § 78 lediglich über die Inhalte sämtlicher HSK-Maßnahmen informiert habe.

Vorsitzende Frau Weißenfeld ergänzt, dass es sich hierbei um eine Beschlussvorlage der Verwaltung handelt, die in den politischen Gremien diskutiert werde, zu der es jedoch noch keine abschließende Beschlusslage der Fraktionen gebe.

Herr Adams fragt nach, wie die Verhandlungen über die Leistungsverträge in die Haushaltsberatungen einfließen sollen und wie viel Zeit hierfür zur Verfügung steht.

Vorsitzende Frau Weißenfeld antwortet, dass es zunächst darum gehe zu beschließen, welche Leistungsverträge um 1, 3 oder 4 Jahre verlängert werden sollen. Anschließend sei bis Sommer des nächsten Jahres zwischen Verwaltung, Politik und den Verbänden zu verhandeln, in welchen Bereichen Veränderungen oder andere Schwerpunktsetzungen vorzunehmen sind.

Frau Rathsmann-Kronshage kann den Wunsch der Verbände nach einer Absicherung verstehen. Insofern seien die Laufzeitverlängerungen der Verträge demnächst von der Politik vorzugeben.

Frau Stillger berichtet aus den Beratungen dieser Vorlage im Fachbeirat für Mädchenarbeit. Im Rahmen der Beratungen über die Leistungsverträge sei zu bedenken, dass die Träger mit einem kleinen Volumen eine Kürzung nicht mehr kompensieren können.

Für Herrn Potschies ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Kürzungen durch eine Einschränkung von Leistungen kompensiert werden können. Insofern sei den Trägern in den vertraglichen Grundlagen die Möglichkeit hierfür einzuräumen.

- 1. Lesung -

-.-.-

## Zu Punkt 9

### **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keine Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zu berichten.

-.-.-